

WIR MACHEN  
**Tarif.**

WIR  
SIND ES  
WERT.

Tarifrunde 2019  
powered by

ver.di

Tarif- und Besoldungsrunde 2019 mit dem Land Hessen

# WIR SIND ES WERT!

**Dran bleiben – die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Hessen wollen an der guten Wirtschaftsentwicklung teilhaben!**

**Auf der Grundlage der Forderungen für die anderen Bundesländer hat die ver.di-Tarif- und Verhandlungskommission die hessischen Forderungen beschlossen.**

**Mehr Geld muss in die Geldbeutel der Beschäftigten!**

Oberste Priorität hat der Anschluss an die Einkommensentwicklung in den anderen öffentlichen Bereichen. Um 6 Prozent, mindestens 200 Euro, sollen die Tabellenentgelte steigen!



**Mehr Geld muss her: Abstimmung der ver.di-Bundestarifkommission in Berlin**

Foto: Kay Herschelmann

## Wir sind es wert!

Die Beschäftigten in den hessischen Landesverwaltungen, in den Straßenmeistereien, bei Gerichten, im Justizvollzugsdienst, im Sozial- und Erziehungsdienst und anderen Landeseinrichtungen erbringen mit ihrer Arbeit täglich einen wichtigen Beitrag für einen funktionierenden öffentlichen Dienst.

Diese Leistung muss sich auch in den monatlichen Entgelten widerspiegeln. Sie haben auch ein Recht, am wirtschaftlichen

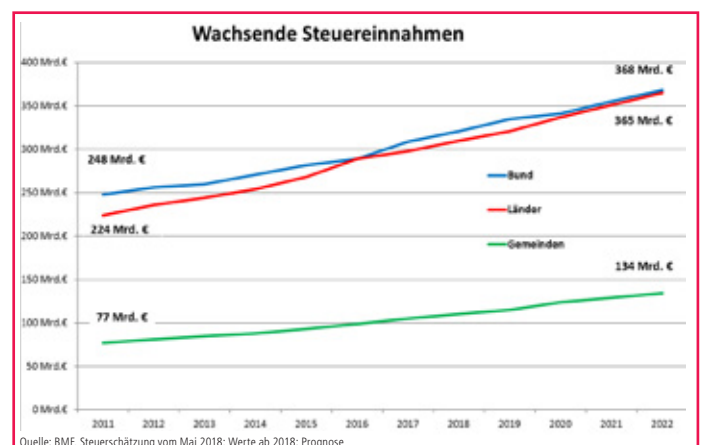
Wachstum und steigender Produktivität teilzuhaben. Der öffentliche Dienst trägt maßgeblich zu Wachstum und Wohlstand in Deutschland bei. Er schafft die Bedingungen für eine funktionierende Wirtschaft und ermöglicht somit auch Umsatz und Profit in der Privatwirtschaft.

**Die Steuereinnahmen sind im letzten Jahr auch in Hessen kräftig gesprudelt.**

Legen die Steuereinnahmen im

Jahr 2000 noch bei rund 15 Milliarden Euro, so betragen sie im Jahr 2017 22,7 Mil-

liarden. Für 2018 wird mit einem Überschuss von weiteren 3 Mrd. Euro gerechnet.



## Die Forderungen im Einzelnen:

### 1. Entgelterhöhungen

- Die Tabellenentgelte der Beschäftigten sollen um **6 Prozent**, mindestens aber um **200 Euro** monatlich erhöht werden.
- Erhöhung der Ausbildungsentgelte für Auszubildende und Praktikant\*innen um **100 Euro** monatlich.
- Zusätzliche Erhöhung der Pflgetabelle um **300 Euro**.
- Die Laufzeit der Regelungen soll **12 Monate** betragen.

### 2. Auszubildende und Praktikant\*innen

- Die Vorschriften zur **Übernahme** der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung § 19 TVA-H BBiG und § 18a TVA-H Pflege sollen wieder in Kraft gesetzt werden.
- Regelungen über die Ausbildungsbedingungen von Studierenden in ausbildungs- und praxisintegrierten **dualen Studiengängen**.

## Erwartungen an die Arbeitgeber:

### 1. Manteltarifliche Änderungen für Beschäftigte

- Verbesserung der Entgeltordnung (TV-H):** Die aus den Gesprächen zur Prozessvereinbarung über Tarifverhandlungen zur Entgeltordnung zum TV-H II. Ziffer 5 Tarifeinigung vom 3. März 2017 und der Weiterentwicklung der Entgeltordnung im übrigen öffentlichen Dienst resultierenden Ergebnisse sind auch im TV-H umzusetzen.
- Die Entgeltgruppe 9 soll analog der Systematik des TVöD in die EG 9a, 9b und 9c

differenziert und die jeweiligen Stufenlaufzeiten entsprechend der übrigen Entgeltgruppen geregelt werden.

- Die Aufnahme wissenschaftlicher, künstlerischer und **studentischer Hilfskräfte** in den TV-H.
- Gewerkschaftsmitglieder** erhalten einen zusätzlichen freien Arbeitstag je Kalenderjahr.

### 2. Manteltarifrechtliche Änderungen für Auszubildende und Praktikant\*innen

Die Dauer des Erholungsurlaubsanspruchs wird auf **30 Arbeitstage** angehoben.

## Beamtinnen und Beamte des Landes und der Kommunen

Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen.

## Weitere Themen:

#### ■ Straßenverkehrsbetriebe:

Fortsetzung der Besitzstandsregelung für Arbeitsbereitschaft und Dynamisierung der Erschwerniszuschläge.

#### ■ Hochschulen

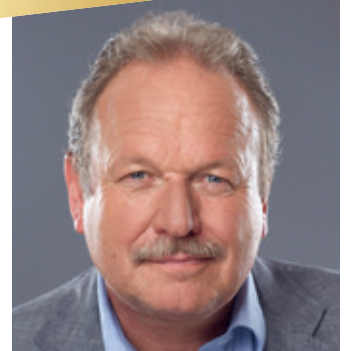
Hier erwarten wir endlich einen Vorschlag des Landes zur wesentlichen Reduzierung von Befristungen.

#### ■ Azubis

Kinderzuschlag auch für Auszubildende

#### ■ Synchronisierung Besoldungs- und Tarifrecht

Änderung des Beginns der Nacharbeit von bisher 21:00 auf 20:00 Uhr.



**Frank Bsirske**  
ver.di-Vorsitzender

„Der öffentliche Dienst muss ein attraktiver Arbeitgeber sein. Dafür muss er seinen Beschäftigten ein attraktives Angebot machen. In den kommenden Jahren gehen bis zu 30 Prozent der Landesbeschäftigten in Rente. Ohne attraktive Löhne und Arbeitsbedingungen kriegen die Länder ein Problem, da sie mit der Privatwirtschaft um Fachkräfte konkurrieren.“

## Verhandlungstermine:

### Auftakt

**1. Februar 2019**

Innenministerium Wiesbaden

### Abschlussrunde

**28. und 29. März 2019**

in Dietzenbach

**Klar ist:** Auch in dieser Tarif- und Besoldungsrunde werden wir nichts geschenkt bekommen. Wenn wir nicht nur fordern, sondern auch umsetzen wollen, brauchen wir alle bisherigen und vor allem viele neue ver.di-Mitglieder.

# Jetzt Mitglied werden!